

Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 12. Dezember 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-01-0054

***Umsetzung Sozialbericht Bildungsbeteiligung
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.04.2007 -***

Vorbemerkung: Die Qualität des Bildungssystems steht spätestens seit der PISA-Studie im Fokus der politischen Debatte. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen mit einer hohen Anzahl Jugendlicher aus so genannten 'bildungsfernen Schichten' sind die Probleme nicht zu übersehen. Aufgabe der Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik muss deshalb sein, ein Grund-Bildungsniveau für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, das allen Jugendlichen zumindest die Aufnahme einer Berufsausbildung ermöglicht.

Der 'Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' liefert zu dieser Problematik eine umfangreiche Analyse von Bildungs- und Integrationsdefiziten in der LH Wiesbaden und bildet so die Grundlage zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen. So können die Leistungspotenziale aller Jugendlichen besser ausgeschöpft und die individuellen Berufs- und damit Lebenschancen verbessert werden. Mit der Umsetzung der Maßnahmen sollte, um eine nachhaltige Wirkung zu gewährleisten, möglichst zeitnah begonnen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- einen detaillierten Bericht über bereits eingeleitete Maßnahmen gemäß des 'Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' vorzulegen;

- über den derzeitigen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten;

- konkrete Maßnahmen zum Abbau der Bildungsbenachteiligung in die Wege zu leiten, insbesondere

- den Ausbau der Tagesbetreuung an Grundschulen
- den Ausbau der Ganztagsangebote in der Sekundarstufe 1
- ergänzende Maßnahmen gegen die überdurchschnittlich große Zahl an Rückstufungen von Real- zu Hauptschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund zu ergreifen;
- die Berufsorientierung und den Übergang von der Realschule in die Berufsausbildung zu begleiten und fördern;
- sicherzustellen, dass an der IGS-Kastellstraße, der Theodor-Flieder-Schule und der Erich-Kästner-Schule die Schulsozialarbeit zum Schuljahr 2007 / 08 eingeführt werden kann und diese Schulen in das Projekt 'Perspektiven für Hauptschüler' aufgenommen werden.

Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Verwirklichung der oben genannten Ziele die notwendigen Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2008 / 2009 eingestellt werden.

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 10. Mai 1007:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Im dritten Aufzählungspfeil wird "bei Kindern mit Migrationshintergrund" gestrichen und es heißt geändert:

- ▯ ergänzende Maßnahmen gegen die überdurchschnittlich große Zahl an Rückstufungen von Real- zu Hauptschulen zu ergreifen;
-

Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 28.06.2007:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. *Spiegelstriche 1 und 2 (Berichte) unverändert.*
 2. *Spiegelstrich 3 wird ersetzt durch: „über konkrete Maßnahmen wird im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen entschieden.“*
 3. *Ergänzt werden folgende Beschlusspunkte:*
Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass die Beratung des „Sozialberichts zur Bildungsbeteiligung“ (SV 05-V-51-0005) nach einvernehmlicher Beratung in den Ausschüssen für Schule und Kultur sowie Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung und nach Platzierung auf der Tagesordnung II der Stadtverordnetenversammlung am 16.11.06 - auf Verlangen der SPD-Fraktion - unterbrochen worden ist. Die Vorlage wurde zwischenzeitlich ebenso von den Ausschüssen für Soziales sowie Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration beraten.
 4. .Das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit wird von den Ausschüssen für Soziales sowie Schule und Kultur in einer gemeinsamen Sitzung beraten.
 5. Für diese Sitzung wird der Magistrat gebeten, über den aktuellen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten.
-

Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0325 vom 28.06.2007:

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.04.2007 wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 28.06.2007 bei Übernahme des Änderungsantrages der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste angenommen und zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an die Ausschüsse für Soziales und Schule und Kultur überwiesen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- einen detaillierten Bericht über bereits eingeleitete Maßnahmen gemäß des 'Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' vorzulegen;

- über den derzeitigen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten;

- über konkrete Maßnahmen wird im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsberatungen entschieden,

? den Ausbau der Tagesbetreuung an Grundschulen

? den Ausbau der Ganztagsangebote in der Sekundarstufe 1

? ergänzende Maßnahmen gegen die überdurchschnittlich große Zahl an Rückstufungen von Real- zu Hauptschulen zu ergreifen;

? die Berufsorientierung und den Übergang von der Realschule in die Berufsausbildung zu begleiten und fördern;

? sicherzustellen, dass an der IGS-Kastellstraße, der Theodor-Flieder-Schule und der Erich-Kästner-Schule die Schulsozialarbeit zum Schuljahr 2007 / 08 eingeführt werden kann und diese Schulen in das Projekt 'Perspektiven für Hauptschüler' aufgenommen werden.

Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Verwirklichung der oben genannten Ziele die notwendigen Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2008 / 2009 eingestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung bedauert, dass die Beratung des „Sozialberichts zur Bildungsbeteiligung“ (SV 05-V-51-0005) nach einvernehmlicher Beratung in den Ausschüssen für Schule und Kultur sowie Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung und nach Platzierung auf der Tagesordnung II der Stadtverordnetenversammlung am 16.11.06 - auf Verlangen der SPD-Fraktion - unterbrochen worden ist. Die Vorlage wurde zwischenzeitlich ebenso von den Ausschüssen für Soziales sowie Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration beraten.

Das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit wird von den Ausschüssen für Soziales sowie Schule und Kultur in einer gemeinsamen Sitzung beraten.

Für diese Sitzung wird der Magistrat gebeten, über den aktuellen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten.

Beschluss Nr. 0150

1. Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen, wonach das Gutachten von Prof. Hradil voraussichtlich Ende März 2008 vorliegen und den Ausschüssen vorgestellt werden wird.
2. Der Antrag ist durch die heutige Aussprache erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2007

Nehrbaß
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister